

hatte damals petirt um ein Staatsgymnasium, um ein sogenanntes Gymnasium erster Klasse oder alten Systems. Die Zweite Kammer war Anfangs nicht eingegangen auf diese Petition; allein die Erste Kammer beschloß, diese Petition der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen, und erklärte durch die gefaßten Beschlüsse die Petition für erledigt. Die Erste Kammer sprach sich vollkommen im Sinne der Petenten aus, nämlich im Sinne der Errichtung eines Staatsgymnasiums, und die Zweite Kammer trat darauf ebenfalls diesen Beschlüssen bei. In der Landtagschrift ist allerdings dieser später einstimmig von beiden Kammern gefaßte Beschluß einigermaßen verdunkelt, so daß es nun den Anschein gewinnt, als ob bloß in der Weise beschlossen worden wäre, wie jetzt gesagt wird. Ferner haben die Regierungskommissare damals ausdrücklich anerkannt, daß es nicht Chemnitz sei, um deswillen ein Gymnasium errichtet werde, sondern die allgemeinen Verhältnisse. Die königlichen Commissare haben ausgesprochen, daß gerade in den Mittelpunkt einer industriellen Bevölkerung, Chemnitz, eine wissenschaftliche Anstalt hingestellt werden müsse und daß es also nicht das Interesse des Ortes gebiete, sondern die allgemeinen Interessen, welche sich zufällig an diesen Ort knüpfen. Das sind Billigkeitsgründe, die der Berücksichtigung wohl werth scheinen, wenn ich auch nicht sagen kann, ob 10,000, 5000 oder welche Summe sonst diesen Rücksichten am besten entspreche.

Abg. Uhlmann: Meine Herren! Jede der emporstrebenden Städte wird auch viel Aufwand haben für ihre Schulen und daß diejenigen Bauten, die Chemnitz zu diesem Zwecke unternommen hat, sehr theuer gewesen sind, darin werden Diejenigen mit mir übereinstimmen, die die Chemnitzer Schulen gesehen haben; aber auf der anderen Seite werden Sie auch nicht verkennen, daß wir, wenn wir die Interessen des Landes vertreten und vertreten sollen, auch die Städte zu Beitragung von Kosten, die die in ihrer Mitte errichteten höheren Schulen verursachen, mit heranziehen, da sie doch immer den ersten Nutzen haben. Nun scheint mir doch, daß es im vorliegenden Falle nur gerecht ist, wenn die Stadtgemeinde selbst einen Bauplatz geben soll. Meine Herren! In anderer Beziehung wird davon gesprochen, daß der Staat theuer baut. Es ist das natürlich; die Staatsregierung befindet sich hier in Dresden, sie hat ihre maßgebenden Organe hier; sobald nun in einem anderen Orte bekannt wird, der Staat will ein Grundstück kaufen, dann wird in der Regel ein höherer Procentsatz auf die Preisforderung geschlagen; der Preis soll ja aus dem allgemeinen Geldsäckel und nicht aus dem eines Einzelnen kommen. Ich glaube doch, es ist besser, wenn wir von dem Grundsatz ausgehen, daß die einzelne Gemeinde einen Bauplatz selbst sucht, weil sie einen solchen jedenfalls billiger finden wird, als der Staat. — Wenn der Abg. Ludwig aussprach, daß ein Bauplatz in der Nähe

von Chemnitz nicht zu finden sei, ja, dann würde herauskommen, daß diese Anstalt gar nicht nach Chemnitz gelegt werden könnte, dann müßte die Anstalt in eine andere, vielleicht in eine Nachbarstadt kommen und ich glaube, das will doch die Stadt Chemnitz nicht. Ich verwende mich aber auch aus Paritätsrücksichten lebhaft für den Antrag der Deputation. Kleinere Städte, als Chemnitz, haben in dieser Beziehung Baupläze geben müssen, auch wenn sie nicht einen so directen größeren Nutzen haben, als hier die Stadt Chemnitz haben wird. Deshalb werde ich mit dem Antrage der Deputation stimmen.

Staatsminister Dr. von Falkenstein: Nach Dem, was bereits über diese Sache gesprochen worden ist, bleibt mir nur wenig übrig, noch hinzuzufügen. Ich glaube, viele von den Herren werden sich noch erinnern, daß ich am vorigen Landtage mich lebhaft dafür interessirt habe, daß gerade Chemnitz gewählt worden ist, wo ein neues Gymnasium errichtet werden sollte. Es ist gar nicht zu leugnen, daß eigenthümliche Verhältnisse hier obwalten, Verhältnisse von der Art, daß es wünschenswerth ist, daß durch ein Gymnasium und durch die angestellten Lehrer und durch den Geist, der von dem Gymnasium herausschließt, eine gewisse Strömung nach Chemnitz komme, eine Strömung, die bis jetzt mehr oder weniger von Wäntchen vermischt worden ist. Ich habe damals Gelegenheit gehabt, es auszusprechen, wie außerordentlich ich mich gefreut habe über die Energie, mit welcher die Stadt Chemnitz vorgegangen ist mit ihrer Schulangelegenheit, wie insbesondere für das Realschulwesen durch Erbauung einer Realschule auf glänzende Weise Chemnitz sein Streben, für das Schulwesen zu sorgen, aus Neue bewährt habe. Ich muß aber freilich sagen, daß, während ich das anerkennete, es mich nicht angenehm berührt hat, daß es gerade bei den Verhandlungen über das Gymnasium so ohne Weiteres allen und jeden Vorschlag zurückwies und sich lediglich darauf stützte: der Staat allein habe das Gymnasium zu bauen, die Stadt Chemnitz könne Nichts dazu gewähren. Das Ministerium war daher in der unangenehmen Lage, eigentlich weiter nicht verhandeln zu können; ebenso war es in der unangenehmen Lage, nicht bauen zu dürfen; denn eine Bewilligung hatte es von den Ständen nicht. Es blieb Nichts übrig, als diejenigen Vorschritte zu thun, welche wenigstens die Möglichkeit einer baldigen Herausbildung eines Gymnasiums gewährten, wenn es einmal zum Bau selbst käme.

Jetzt sind wir nun in dieser Lage und ich habe nur auf das Allerdringendste zu wünschen, daß man wenigstens bei dem Antrage der Deputation stehen bleibe, daß die Stadt dem Ministerium einen passenden Platz anweise, wo das Gymnasium erbaut werden kann. Denn ich muß allerdings gestehen, nach den Äußerungen des geehrten Abg. Ludwig ist es mir in der That ängstlich ge-